

## Für eine neue Alterspolitik

*Das eidgenössische Parlament hat in den letzten vier Jahren in Sachen Altersfragen nicht gegläntzt. So ist beispielsweise die 11. AHV-Revision am Veto der beiden Polparteien gescheitert. Die SVP und die SP wollten keine Kompromisse eingehen. Die Schweiz aber braucht eine neue Alterspolitik. Von Anton Schaller*

Die gängige Alterspolitik reicht nicht mehr aus. Angesichts der demografischen Entwicklung ist ein Umdenken nötig. Der Begriff «dritte Generation» wird den unterschiedlichen Realitäten der älteren Leute nicht mehr gerecht. Das Renteneintrittsalter 65 muss flexibel werden. Die Innovationskraft, das grosse Wissen, die Lebenserfahrung der aktiven älteren Menschen müssen von Gesellschaft und Wirtschaft genutzt werden. Die Rentnerschaft selber hat nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den jüngeren Generationen, sie hat auch einen Solidaritätsbeitrag innerhalb ihrer eigenen Generation zu leisten. Kurz: Eine neue Alterspolitik braucht unser Land. Und ein Parlament, das sich dieser Fragen ernsthaft annimmt.

### Die Baustellen

Die Leistung des eidgenössischen Parlaments in den letzten vier Jahren ist in Altersfragen bescheiden. Die 11. AHV-Revision war ein Desaster. SVP und SP versenkten die Vorlage, waren zu keinem Kompromiss fähig. Die SP wollte die durch das Erhöhen des Frauenrentenalters auf 65 Jahre frei werdenden 900 Millionen Franken für die Flexibilisierung des Renteneintrittsalters einsetzen, der Bundesrat wollte 400 Millionen dafür freimachen, die SVP keinen Franken. Die Pflegeversicherung, die am 1. Januar 2011 in Kraft trat, wurde so schludrig verfasst, dass Pflegeheime einfach die Pensionspreise erhöhen und so – gegen den Willen des Gesetzgebers – Pflegekosten, welche die Kantone und Gemeinden tragen müssten, auf die Pflegepatienten abwälzen können. Das Parlament geht nach wie vor davon aus, dass die älteren Menschen nur eines wollen: möglichst lange unabhängig bleiben. Selbst die wenigen Politiker, die sich der Altersthemen annehmen, stützen gern diese These. So kann die Politik die Altersprobleme und deren Kosten der Eigenverantwortlichkeit überlassen. Die Politiker haben noch nicht erkannt, was für die Wissenschaft heute klar ist: Die «dritte Generation» ist keine in sich geschlossene Gruppe mehr. Der Altersforscher François Höpflinger unterscheidet vier Kategorien innerhalb der «dritten Generation»:

Die erste Kategorie «Vorruhestand» bildet die Kohorte zwischen 50 und etwa 67 Jahre. In dieser Phase sollten die Menschen sich noch einmal inten-

siv mit ihrem Alter, ihrer Altersvorsorge und mit der Zeit nach dem Arbeitsleben auseinandersetzen. Diese Phase hat sich markant nach oben verschoben. Waren in den neunziger Jahren Frühpensionierungen noch gang und gäbe, sind diese heute kaum noch ohne starke Rentenkürzungen möglich. Immer mehr Senioren orientieren sich nochmals neu, machen sich selbständig, werden beratend tätig. Die zweite Kategorie «aktiver Ruhestand» erfasst Pensionierte zwischen 60 und etwa 75 Jahren, die ihre neue Freiheit in bester Gesundheit geniessen, reisen, Zeit für Kulturelles haben, sich amüsieren. Zeit widmen sie auch ihren Enkelkindern, springen ein, wenn es bei deren Betreuung Engpässe gibt. Viele leisten Freiwilligenarbeit. Die aktiven Ruheständler sind volkswirtschaftlich sehr interessant. Noch haben Wirtschaft, Politik und Gesellschaft dieses Potenzial an Berufs- und Lebenserfahrung nicht entdeckt. Für diese Kategorie muss das gesetzliche Renteneintrittsalter flexibilisiert werden. Das Verbleiben im Arbeitsprozess sollte aber honoriert werden. Heute kann der Bezug der AHV bis zum 70. Altersjahr aufgeschoben werden, doch der Anreiz ist zu bescheiden: 5,2 Prozent mehr AHV-Rente pro aufgeschobenes Jahr. Die Reglemente der Pensionskassen schreiben meist ein Ausscheiden mit 65 Jahren zwingend vor. Das muss ändern. Auch bei den Steuern sollten sich Weiter- und Freiwilligenarbeit lohnen.

Die dritte Kategorie bilden Menschen im «eingeschränkten Ruhestand», mit eingeschränkter Autonomie. Sie sind auf Hilfe von aussen angewiesen, ihre Mobilität ist eingeschränkt, sie haben Hör- oder Sehprobleme, was zwischen 67 und 85 Jahren auftreten kann. Wichtig ist, dass Betroffene ihre Einschränkungen rechtzeitig bemerken und auch akzeptieren, so dass sie individuell mit Hilfsangeboten von aussen ihre Selbstständigkeitslücken schliessen können. Dazu braucht es einen Paradigmenwechsel, ein Abrücken der Politiker von der bequemen These der «Eigenverantwortlichkeit bis zum Tod». Die Alten müssen wissen, dass es keine Schande ist, Hilfsangebote zu nutzen, um weiterhin ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen zu können. Sie müssen die entsprechenden Angebote kennen: Einkaufen übers Internet, Angebote der Pro Senectute im Netz, Fahrpläne des öV, Freiwilligenangebote usw. Es fehlen nicht die Angebote, es fehlt eine koordinierende Stelle, wel-

che die Informationen vernetzt. Mit einer koordinierenden Politik würden wir den Paradigmenwechsel einleiten, von der Scheinautonomie – wie sie heute den Politikern als Richtschnur dient – zu einer gezielt unterstützten Teilautonomie.

Die vierte Alterskategorie sind die Menschen im abhängigen Ruhestand, die gepflegt werden müssen, die ihre Autonomie immer mehr verlieren. Es ist die schwierigste und die teuerste Zeit des Alterns. Alle fürchten sich davor, zum Pflegefall zu werden. Die Gesellschaft muss sich damit auseinandersetzen, wie wir künftig mit dem «abhängigen Ruhestand» umgehen wollen. Wenn wir in der Alterspolitik rechtzeitig die Selbstständigkeitslücken schliessen, werden wir die teure Pflegephase der totalen Abhängigkeit hinauszögern können.

### *Instrumente wären vorhanden*

Die Schweiz verfügt über alle Instrumente für eine umfassende Alterspolitik. Wir haben die Institutionen, das Wissen, wir nehmen bei den neuen Medien einen Spitzenplatz ein. Aber es braucht Politikerinnen und Politiker, welche die Lage erkennen und danach handeln. Die Rentnerschaft muss sich aktiv an einer neuen Alterspolitik beteiligen. Und sie kann jene Kandidatinnen und Kandidaten nach Bern schicken, die sich der Altersfragen annehmen.

---

**Anton Schaller** ist Präsident des Zürcher Senioren- und Rentnerverbandes (ZRV) und der Plattform [www.seniorweb.ch](http://www.seniorweb.ch). Er war früher Kantonsrat und Nationalrat des LdU.